



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 21. November 1885.

Nr. 544

## Deutschland.

Berlin, 20. November. Für die beabsichtigte theilweise Neuaufrüstung der Armee und die Erweiterung der Exerzierplätze sind Aufsatzbeträge in den nächstjährigen Militär-Etat noch nicht mit aufgenommen. Die letzterwähnte Erweiterung soll, wie bereits bekannt gegeben worden ist, zur Vermeidung der Steigerung des Kostenaufwandes durch Terrain - Vorkaufs - Spekulationen überhaupt nur allmählig in Ausführung treten. Als schon beschlossene Ausrüstungs - Änderungen werden neuerdings eine Erleichterung der Helme durch Wegfall der Schuppenleiten und des Beschlages am Schirm, ein zur Theilung eingerichteter neuer Tornister aus Segeltuch, die Einführung eines besonders konstruirten wasserdichten Brodbrotbells, eine veränderte Einrichtung der bisher getragenen beiden kleinen Patronentaschen und die Hinzufügung noch einer dritten größeren Patronentasche, wie endlich noch ein leichter und handlicher Infanterie-Spaten resp. nach einer anderen Mittheilung nur ein neues Spatenfutteral und ein leichteres und kürzeres Seitengewehr beigezeichnet. Die Tragetroben dieser neuen Ausrüstungs - Gegenstände dauern übrigens noch an und werden dieselben voraussichtlich demnächst auch auf das 12. sächsische Armeekorps ausgedehnt werden.

Die Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Offiziere und Mannschaften der Kavallerie, Artillerie und des Trains, die Erhöhung der Pferde - Rationen, scheint endlich seine Erfüllung finden zu sollen. In dem nächstjährigen Etat sollen sich hierzu 1,100,000 Mark aufgenommen finden.

In Kiel ist jetzt die Aufstellung eines aus den Panzern „Batzen“, „Sachsen“, „Württemberg“ und „Baden“, wie Aviso „Zieten“ bestehenden Reserve-Geschwaders erfolgt. Als Zweck dieser Maßregel wird eine Erprobung der Ausrüstungs-Schnelligkeit unserer Kriegsflotte angegeben. Jedes dieser vier stärksten deutschen Panzerschiffe führt in dem einen seiner beiden Thürme vier, in dem zweiten zwei 26 Zentimeter Ringgeschütze, deren je 189 Kilogramm Panzer Granaten bei 48 Kilogramm Pulverladung noch auf 1000 Meter einen Panzer von 35 Zentimeter Stärke platt durchschlagen. Die eigene Panzerstärke dieser Schiffe beträgt 40.6 Zentimeter. Ihr Tiefgang von nur 6 Meter läßt sie besonders zum Anlaufen etwaiger feindlicher Häfen geeignet erscheinen, ihre vorzugsweise Bestimmung war jedoch ursprünglich nur für die Offsee bestimmt.

## Feuilleton.

### Allerlei.

(Eine Trauung mit Chloroform.) Aus Chicago meldet man folgende echt amerikanische Anekdote: Der Plantagenbesitzer Henry Summers, Mitglied des Stadtrathes, erschien am 26. Oktober um 9 Uhr Morgens bei dem Pfarrer Brindol und ersuchte ihn, sofort in sein Haus zu kommen, da es dort für ihn ein unaussprechliches Geschäft gebe. Im dem prachtvollen Heim angekommen, führte Summers den Geistlichen in ein Zimmer, wo ein junges Mädchen bewußtlos und schwer athmend im Bette lag. Summers sagte: „Das ist meine Tochter Emily Mary, sie ist an einer Gehirnentzündung erkrankt; ich habe sie bewußtlos verloren, ließ sie mich schwören, daß ich sie im Falle, daß Gefahr für ihr Leben drohe, sofort mit Mr. John Carter, einem Manne, den sie seit Jahren leidenschaftlich liebt, trauen lasse, damit sein Name auf ihren Grabstein gesetzt werde. Ich will meinem lieben Kinde diesen Wunsch erfüllen.“ Von dem verzweiflungsvollen Vater zur größten Eile angetrieben, vollzog der Pfarrer die Trauung, und kaum als er dem Mädchen den Ring an den Finger steckte, schlug dasselbe die Augen auf, blickte befremdet umher, und Mr. Summers sagte lachend: „Eine Erfindung von mir, wie man unehelichen Kindern beikommen kann. Glauben Sie, soll ich mir eine Trauung mit Chloroform von der Regierung patentiren lassen?“ Der Ehemann führte eine Stunde später seine junge Frau gewaltig in sein Haus. Mary Summers liegt todtkran! darnieder.

Die Panzerung der neuen Panzer-Korvette „Dobusch“ wird noch stärker als die dieser vier Panzer der Sachsenklasse angegeben. Das Schiff wird mit 12 Geschützen mittleren Kalibers armirt werden.

Folgende Interpellation soll morgen von Seiten der polnischen Fraktion im Reichstage eingebracht werden:

Seit einigen Monaten werden österreichische und russische Unterthanen, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in keiner Weise gefährdet haben, aus dem preussischen Staatsgebiet massenweise ausgewiesen und zwar angeblich aus dem Grunde, weil durch dieselben eine Verschlebung der konfessionellen und sprachlichen Verhältnisse hervorgerufen werde.

Da dieses Vorgehen das Verkehrsleben benachbarter Länder stört, die Gesplogenhaiten der internationalen Gastfreundschaft außer Acht läßt, Tausende von Familien in ihren innigsten Beziehungen und Interessen fränkt und schädigt und in einem offenen Widerspruch mit völkerrechtlichen Verträgen und der Verfassung und Gesetzgebung des Reiches steht, wird an die Reichsregierung die Frage gerichtet, ob und in welcher Weise dieselbe im Bereiche ihrer Kompetenz der weiteren Ausföhrung der verfügbten Maßregel wirksam begegnen will?

Aus London wird der „N.-Z.“ vom 19. geschrieben:

Ungeachtet der scheinbaren Symptome einer Abkühlung des in den letzten Tagen immer schärfer hervorgetretenen Antagonismus zwischen England und Rußland wird man sich nicht davor täuschen dürfen, daß derselbe, und zwar in gefährlicher Weise, fortbesteht. Daß trotzdem ein Scheitern der Konstantinopeler Konferenz verhindert werden könnte, widerspricht dieser Auffassung nicht. Das Konferenzergebnis ist auf ein solches Minimum herabgedrückt worden, daß für eine Betätigung des obwaltenden Gegensatzes kaum mehr ein Raum übrig geblieben. Außerdem hat ja Kaiser Alexander selbst erklärt, Ostrumelien, freilich in ganz eigenhümlichem Sinne, räumen zu wollen; er geht nach Bulgarien, die Ostrumelien aber, als seine Soldaten, mit ihm. Die Pforte hat nur noch eine offene Thür einzustößen und ihr ganzes, nach wie vor von England dirigirtes Auftreten beweist nur, daß sie sich Serbien und Bulgarien gegenüber auf Schläge ins Wasser beschränkt. Allein man wird in der negativen Thatsache, daß Bulgarien augenblicklich außer Stande ist, die Union zu verteidigen, durchaus

keine endgültige Ordnung erblicken dürfen. Diese wird erst nach Beendigung des serbisch-bulgarischen Krieges herzustellen sein, und in dem Momente, wo die Mächte zu diesem Zwecke miteinander zu Rathe zu gehen haben werden, werden auch erst die großen Schwierigkeiten beginnen, die dadurch hervorgerufen werden, daß durch die allen Traditionen widersprechende Haltung des Kabinetts Salisbury einerseits und Rußlands andererseits alles auf den Kopf gestellt worden ist. Jetzt wird das Programm der strikten Herstellung des status quo ante seine Probe zu bestehen haben, auf welche es in schwierigerer Weise als durch die Poltypopeler Vorfälle durch den serbisch-bulgarischen Krieg gestellt worden. Die ostrumelische Frage wird möglicherweise zugerollt, wie aber zu befürchten steht, um den Preis, daß die ganze Orientfrage aufgerollt werde.

Ueber den großen Mangel an Offizieren für die bulgarische Armee schreibt ein Spezial-Korrespondent der „National-Zeitung“ aus Sofia: „In der That ist der Mangel an Offizieren so groß, daß viele Kompagnien nur von einem Portepesunker geführt werden, und was erst den Stab anbelangt, so ist er kaum erwähnenswerth, denn die gesammte nordbulgarische Armee zählt an Stabsoffizieren bloß einen Oberstleutnant, den deutschen Baron von Corvin, der zugleich auch der einzige Ausländer im Offizierkorps ist, und zwar erst nach dem 18. September promovirte Major: Buschhoff, Kommandant sämtlicher gegen Serbien aufgestellten Truppen, und Gruss, Kommandeur des 1. Artillerieregiments. Außer diesen zwei Militärs haben nur die wenigsten Hauptleute eine mehr als sechsjährige Dienstzeit, die Premierleutenants haben höchstens eine fünfjährige, die Sekondleutenants kaum eine dreijährige Dienstzeit, und giebt es überhaupt, außer dem Baron v. Corvin, vielleicht in der ganzen Armee keinen Offizier, der vierzig Lebensjahre zählt. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die höheren russischen Offiziere, besonders im Generalstabe, in Bulgarien vor Allem darauf bedacht waren, ihre unerhörten Gehalte auf die möglichst angenehme Weise zu verzehren; mitunter bekümmerten sie sich wohl auch um die Ausmusterung der Mannschaften, aber die Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, d. h. die Heranbildung der bulgarischen Offiziere und die verschiedenen Vorbereitungen für den modernen Krieg, die Sache des Generalstabs sind, bei ihnen im Traum nicht ein, da sie ja dabei hätten auch persönlich arbeiten müssen. Bei so bewandten Umständen ist es freilich nicht zu verwundern,

wenn man die jungen Hauptleute, die heute Regimentalkommandeure sind, fragen hört: „Ja, unter den Russen haben wir nur Kompagnien befehligen gelernt und nun sollen wir auf einmal 4000 Mann in den Krieg führen gegen die Serben, die alte Generale und Stabsoffiziere haben!“ Trop dieser mißlichen Lage will man von der Berufung fremder Offiziere nicht nur nichts wissen, sondern der Fürst mußte sogar bei allem guten Willen, jeden fremden, irgend einer slavischen Sprache mächtigen Offizier anzunehmen, den zahlreichen Bewerbern dieser Kategorie, die sich aus Oesterreich hier melden, erklären: „Ja, ich brauche Offiziere, aber ich darf keinen Fremden annehmen.“ Möge dies deutschen Offizieren, die vielleicht Lust hätten, hier ihr Glück zu versuchen, als Warnung dienen.“

Bekanntlich bekämpfen sich in der Sozialdemokratie die mehr nationalgefeierten und die internationalen Elemente mit einer von Tag zu Tag gesteigerten Heftigkeit. Die Internationalen richten fortwährend das schwerste Geschütz gegen die mehr gemäßigten Abgg. Biedel und Frohme, und namentlich der Monteur der Partei, der sich ganz in den Dienst der Herren Bebel und Liebknecht gestellt hat, bringt in jeder seiner Nummern die heftigsten Angriffe gegen Biedel, weil dieser immer betont hat, daß man zuerst die im Rahmen der modernen Gesellschafts - Ordnung möglichen Forderungen für die Arbeiter durchsetzen solle, ehe man sich an weitergehende Ziele wagt. Herr Biedel hat in einem seiner Blätter den Internationalen den Fehdehandschuh hingeworfen und jetztigt den Monteur in Zürich wie folgt ab: „Krausser konnte der Abweg, auf den jeder Unfehlbarkeitsdünkel hinführen muß, nicht Unstirrt werden, als durch den unerhörten Ausfall fanatischem Zeolenthums. Bell wir uns erlaubt, anderer Meinung zu sein, als die Herren drohen in der Schweiz, haben jene den traurigen Muth, uns, die wir mit Kapitalismus und Reaktion tagtäglich unter Einfluß unserer ganzen Existenz zu ringen haben, vom gebiethen Hinterhalte aus vergiftete Pfeile in den Rücken zu schießen, ja uns schlankweg die Ehre abzuspülen! Wir begnügen uns, diese Heldenthat der Beurtheilung unserer Leser zu überlassen.“ Biedel soll in Folge dieser Angriffe auch der Partheileitung sein Mandat zur Verfügung gestellt haben. Ehe er jedoch nach Berlin zu den Reichstagsabg. sich begab, hat er es für rathsam gehalten, sich mit seinen Wählern in Verbindung zu setzen und deren Stimmung zu erfahren. 3 1/2 Tausend Arbeiter waren

amt der unbegreifliche Fehler gemacht wurde, die Briefe passiren zu lassen. Ueber den Inhalt dürfen wir nichts sagen, vögleich es ein sehr interessantes und pikantes Kapitel geben würde, wenn wir Ihnen erzählen könnten, welche sonderbare Liebhabe diese Lektüre hat. Es ist interessant, zu sehen, wie hier Tausende und Tausende von Briefen aller nur denkblichen Arten, die vertraulichsten Mittheilungen enthaltend, mit dem scharfen Messer geöffnet und von Unberufenen gelesen werden. Die unbestellbaren Briefe werden aber nur in den seltensten Fällen gelesen. Die Beamten haben keine Zeit dazu, nur wenn gar kein Anhalt in Bezug auf Absender oder Adressat sonstwie gefunden werden kann, liest man auch den Text des Briefes. An jenem Tisch dort, an welchem mehrere Frauen arbeiten, wird die erste Arbeit verrichtet. Hier werden alle Briefe niedergelegt und sortirt, welche von den 52,000 Postmeistern des Landes als „unbestellbar“ eingeschickt werden. Alle Briefe mit unleserlicher Adresse werden drei Experten (Damen) zugewiesen, welche eine geradezu wunderbare Fertigkeit in der Entzifferung und Korrektur von Adressen erlangt haben. Ungefähr 95 Prozent der dieser Abtheilung zugewiesenen Briefe erreichen auf diese Art ihren Bestimmungsort. Alle anderen Briefe gehen an den Tisch der Deffner, welche die Briefe mittels scharfer Messer aufschneiden (etwa 2000 ist die Durchschnittsarbeit für einen Mann), den Brief herausnehmen und alle Briefe, welche Geld, Werthpapiere etc. enthalten, besonders legen. Alle Briefe der letzteren Art werden vier Jahre aufbewahrt; sind sie nach dieser Zeit nicht reklamirt, so werden die Werthpapiere etc. dem Schatzamt übergeben. Alle anderen Briefe werden zerstört. In den letzten Jahren liefen jährlich etwa drei Millionen Briefe

ein, d. h. es waren über 15,000 Briefe täglich zu erledigen, darunter waren 17,000 Briefe mit 33,000 Dollars an Geld und über 20,000 mit Werthpapieren aller Art. Allein im letzten Rechnungsjahr trafen 14,184 Briefe ein, welche gar nicht adressirt waren. Die ausländische Post wird in einer besonderen Abtheilung untersucht, von hier werden alle Briefe, welche von fremden Ländern eintreffen und nicht bestellt werden können, uneröffnet zurückgeschickt. Dabei fällt der größte Theil auf England und Deutschland, wosin wöchentlich 2- bis 3000 Briefe zurückgeschickt werden.“

(Beefsteak- und Roastbeef-Meister.) Aus London schreibt man: „Fred Linton, erster Koch im Jungen Herren-Klub, zeigte am 1. d. Mts. der Direktion an, daß er sich zu verheirathen gedanke und in Folge dessen vom neuen Jahre ab auf seine Stelle verzichte. Am Abend war die Neuigkeit in den Speisefälen bekannt gemacht und sofort erklärte die Majorität der Anwesenden, es sei unmöglich, auf den einzigen Mann zu verzichten, der echt englische Fleischspeisen „echt englisch“ zu kochen verstehe. In Folge dessen legte das Komitee Mr. Linton neue Bedinungen für sein Verbleiben vor: 1. eine ganz komfortabel eingerichtete Wohnung inklusive Silberzeug; 2. für seine Ehegattin eine Gehaltzulage von 500 Pro. Sterling jährlich, für jedes Kind, das ihm geboren wird, 100 Pfund Sterling jährlich; 3. völlige Dispens vom Dienste nach Mitternacht. Linton acceptirte und die Beefsteak- und Roastbeef-Schwärmer jubeln hoch auf.“



In der großen Versammlung in Leipzig anwesend und haben Herrn Bierd ein Vertrauensvotum gegeben und folgende Resolution angenommen: „Die von 3 1/2 Tausend Personen, meist Arbeiter von Stadt und Land Leipzig (dem Wahlkreis Bierds) besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten Bierd einverstanden, verwahrt sich noch ernstlich gegen jene Versuche, die von Seiten mehrerer Personen gemacht wurden, um diesen ihren Vertreter im Reichstage bei dem arbeitenden Volke zu diskreditieren. Die Versammlung hat vielmehr zu ihm ein volles Vertrauen, zu dem Manne, der vor Jahresfrist mit so großer Majorität in den Reichstag gewählt wurde; sie ist ferner überzeugt, daß nur durch den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Arbeiterbeschäftigungsentwurf, vor Allem aber durch die Einführung des Normalarbeitstages, die Lage des arbeitenden Volkes verbessert werden kann.“ Gerade weil Bierd sich so stark für die Einführung des Normalarbeitstages engagiert hatte, war er von Herrn Liebknecht, dem jede Anerkennung unserer heutigen Wirtschaftssituation ein Greuel ist, und der nach Kräften den Werth des Normalarbeitstages für die Arbeiter herabzubringen sucht, weil sonst Letztere von dem internationalen revolutionären Treiben abgelenkt werden könnten, in Acht und Bann gethan worden. Die Berliner Arbeiter haben in diesem Streit noch nicht Stellung genommen; aber es ist Thatsache, daß die mehr nationalgefeimten Elemente hier vollkommen die Oberhand haben. Sammlungen für internationale Zwecke (Pariser Wahlen) machen hier immer vollständiger Mißgelingen. Das hiesige sozialdemokratische Blatt nimmt zum Normalarbeitstag eine Stellung ein, welche sich mit der Bierd'schen vollkommen deckt.

— Das „B. L.“ schreibt: Noch immer laufen neue Nachrichten über Verhaftungen von Zahlmeistern ein. So wird aus Frankfurt a. O. gemeldet, daß dort drei Zahlmeister in Haft genommen seien. Ähnliche Meldungen kommen aus Fürstentum und anderen Garnisonsstädten. Anlaß zu diesen Maßnahmen soll eine Denunziation gegen ein seither mit Lieferungen betrautes Berliner Geschäftshaus gegeben haben. Wir halten mit den uns darüber zugehenden Mittheilungen zurück, glauben vielmehr, daß eine amtliche Aufklärung über diese Vorgänge an der Zeit wäre.

#### Ausland.

Paris, 19. November. Der Ministerrath hat, anstatt dem Verlangen der Radikalen zu entsprechen und die Einberufung des Kongresses zur Wahl des Präsidenden der Republik zu beschleunigen, beschlossen, am Sonnabend die Kreditvorlage für die Expeditionen in Tonkin und in Madagaskar einzubringen, sowie die dringliche Erlaubnis dieser Vorlage zu verlangen. Zugleich soll die Erklärung erfolgen, daß dann erst der Zeitpunkt für die Einberufung des Kongresses festgestellt werden könne. Dieser Beschluß des Ministeriums hat natürlich die Gruppen Clemenceau und Rochefort in große Aufregung versetzt, was während der heutigen Kammerdebatte deutlich sichtbar war. Clemenceau hatte alle Mäße heissporne wie Rochefort und Laguerre abzuhalten, sofort das Ministerium zu interpellieren. Driffon war übrigens heute abwesend. Die Radikalen betrachten den Beschluß des Ministeriums als eine Kriegserklärung, weshalb sie sofort danach trachten wollen, das Ministerium zu stürzen.

#### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. November. Der einzige Gegenstand der Donnerstag-Sitzung der Stadtverordneten, welcher eine längere Debatte zur Folge hatte, war die Vorlage des Magistrats betreffend den Umtausch einer ca. 12,50 qm großen, an der Uferstraße des Gasamfaltenkanals nahe einem Wiesenstücke, der Chamottefabrik gehörig, gegen eine gleich große Wiesenfläche von der städtischen am schwarzen Damm neben der Chamottefabrik belegenen Wiese. — Referent über diese Vorlage war Herr Hölberg, Korreferent Herr Rechtsanwalt Berner. Die Veranlassung zu dieser Vorlage hat ein Versehen gegeben, welches ein städtischer Beamter beim Entwurf der Zeichnung der Drahtseilbahn von der städtischen Gasanstalt nach Succow's Speicher gemacht hat. Die Anlage dieser Drahtseilbahn wurde bekanntlich in der Statuerordneten-Sitzung vom 26. März d. J. beschlossen und die erforderlichen Kosten in Höhe von 26,000 Mk. bewilligt. Bei der Ausführung der Anlage stellte sich heraus, daß die günstigste, auf der Zeichnung angegebene Linie für die Bahn nicht eingehalten werden konnte, da es bei dem Entwurf der Zeichnung übersehen war, daß die Bahn über einen schmalen Streifen des Wiesenterrains der Stettiner Chamottefabrik führte und zwar umfaßt dieser Streifen ein Dreieck von ca. 4 Meter Grundfläche und 65 Meter Länge. Es wurden nun Verhandlungen mit der Direktion der Chamottefabrik wegen Ankaufs dieses Dreiecks angeknüpft, der Verkauf wurde seitens der Direktion jedoch entschieden abgelehnt, dagegen ein Kaufgeschäft vorgeschlagen, wie es die jetzige Vorlage enthält. Die Deputation sprach sich entschieden gegen diesen Kauf aus, da sie das Terrain, welches die Chamottefabrik zum Umtausch anbot, im Verhältnis zu dem von der Stadt geforderten Terrain für minderwerthig hält. Die Deputation-Deputation tapirt, das Wiesenterrain der Chamottefabrik auf 2,50 Mk. pro Q. M., dasjenige der Stadt dagegen auf 5 Mk. pro Q. M.

Die Bau-Deputation, welcher die Angelegenheit gleichfalls zur Prüfung vorlag, erklärte beide Terrains für gleichwerthig, und als die Abgabe einer bestimmten Laxe gefordert wurde, tarirte sie den Werth des städtischen Terrains auf 1,50 Mk., obwohl im Jahre 1873 für gleich in derselben Gegend liegende Wiesenflächen von der Chamottefabrik bereits 2,50 Mk. pro Q. M. gezahlt worden sind. Die Kommission für die Gasanstalt endlich beantragte, dem Umtausch zuzustimmen und diesem Antrage hat sich auch der Magistrat angeschlossen, indem er gleichzeitig bemerkte, daß das bei der Sache vorgelommene Versehen eines städtischen Beamten durch Disziplinarstrafe gerügt werden wird. — Am Dienstag ist noch ein Protest des Fabrikherrn Ludwig, Eigentümer des Grundstückes schwarzer Damm 15, eingegangen, welcher ein Wegerecht auf den in Frage stehenden Streifen geltend macht, welches ihm durch alle Instanzen bestätigt sei. Er hält dies Recht durch Anlage der Drahtseilbahn beeinträchtigt und ruft den Schutz der Versammlung an, zugleich behauptend, daß er „bisher vom Magistrat schonungslos verfolgt“ sei.

Herr Hölberg als Referent beantragt, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben mit der Bitte, sich darüber zu äußern, welche Tragweite der Protest des Herrn Ludwig haben könne.

Herr Berner als Korreferent schließt sich diesem Antrage an, indem er hervorhebt, daß es nach dem in Händen des Herrn Ludwig befindlichen Kaufvertrage ohne Zweifel sei, daß demselben ein Wegerecht zustehe. Es frage sich, ob die Drahtseilbahn derartig über die fragliche Parzelle gelegt werden solle, daß das Wegerecht des L. gehindert sei. Ganz abgesehen von dieser technischen Frage stehe jedoch das Kaufgeschäft. Bisher fehlte in dem Akten noch jede Äußerung seitens der Chamottefabrik oder des Herrn Direktors Lens, daß dieselbe mit dem Kaufgeschäft einverstanden sei. Eine schriftliche Erklärung liegt nur darüber vor, daß an eine Abtretung der in Frage stehenden 85 Qu.-Meter großen Parzelle nicht zu denken sei, ohne daß die Stadt einem Kauf zustimmt. Herr Berner hält jedoch den Kauf für jetzt für die Stadt nicht zweckmäßig. Die Chamottefabrik habe ein lebhaftes Interesse daran, das städtische Wiesenterrain zu erwerben, da es das günstigste Terrain zur Verbreiterung der Fabrik sei. In derselben Gegend habe die Chamottefabrik im Jahre 1873 2,50 Mk. pro Qu.-Meter gezahlt und heute habe die Stadt auch keine Gelegenheit, das Terrain zu billig abzugeben. Nachdem Herr Berner noch die von den verschiedenen Deputationen gemachten Laxe kritisiert, beantragt er, das vorgeschlagene Kaufgeschäft auf alle Fälle abzulehnen.

Herr Stadtrath Bod sucht nachzuweisen, daß das städtische Terrain keineswegs für die Chamottefabrik so werthvoll sei, dieselbe könne sich ebenso gut nach der anderen Seite ausdehnen. Seine persönliche Ueberzeugung sei, daß die Kaufobjekte gleichwerthig sind und deshalb bittet er auch, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Bächter spricht sich gegen den Kauf aus, ebenso nochmals Herr Berner, welcher darauf hinweist, daß die Chamottefabrik schon wiederholt die Abtretung ausgesprochen hat, das in Frage stehende städtische Wiesenterrain zu erwerben.

Herr Dr. Dohren tritt dafür ein, daß die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückgehen solle, damit sie ergänzt werde.

Herr Meier spricht für definitive Ablehnung des Kaufgeschäftes. Das Grundstück, welches die Chamottefabrik zum Kauf offerirt habe, sei für die Fabrik gänzlich werthlos und sei nur aus dem Grunde erworben, um ein Kaufobjekt für die Stadt zu gewinnen. Was den Werth des städtischen Terrains betreffe, so erinnert der Redner daran, daß bei der erfreulichen Entwicklung der Chamottefabrik diese leicht in 5 bis 10 Jahren in eine Nothlage gerathen könne und um sich zu vergrößern, zum Ankauf des städtischen Terrains gezwungen wäre.

Herr Kretsch motivirt eingehend das Gutachten der Deputation-Deputation, wonach das städtische Terrain einen doppelten Werth habe, als das von der Fabrik offerirte.

Nachdem noch die Herren Tieß und Stadtrath Bod das Wort ergriffen, wird ein Schlusssatz angenommen und bei der Abstimmung mit großer Majorität das Kaufgeschäft definitiv abgelehnt.

Gewählt wurden: zum Vorsteher und Waisenrath des 29. Bezirks Herr Kaufmann C. A. Thiele, zum Vorsteher der 22. Armen-Kommission Herr Hauptlehrer Medenwald und zum Mitgliede der 18. Armen-Kommission Herr Fuhrherr Rehs.

Zur Verpachtung der Städtelands-Erhebung an dem Marktplatz an der Böttcherstraße auf 3 Jahre für 1075 Mark pro Jahr an den Restaurateur Siefert wird der Zuschlag erteilt; ferner wird der Zuschlag erteilt zu der Weitervermietung der von der Volksschule benutzten Räume im Hause Hofgarten 45 auf 3 Jahre gegen eine jährliche Miete von 1000 Mk., ferner zur Verpachtung der Baustelle Nr. 34 der Silberwiese auf 6 Jahre für 177 Mark jährliche Pacht, zur Verpachtung der Lagerplätze Nr. 1 und 1a an der Barnitzstraße auf 6 Jahre für 525 Mk. jährliche Pacht und zur Verpachtung einer 73 A. 3 Q.-M. großen Ackerfläche an der Uferstraße des Gasamfaltenkanals auf 3 Jahre für 50 Mark Jahrespacht.

Wie für die Mitglieder der übrigen Ortskrankenkassen wird genehmigt, daß auch für die

Mitglieder der Ortskrankenkasse Nr. 10 und Nr. 22 an Arz- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus in der 3. Klasse nur ein Tagesatz von 1 Mark pro Person erhoben wird. — Für die Beaufsichtigung der Frauen-Badeanstalt während des diesjährigen Sommers wird eine Remuneration von 60 Mark bewilligt.

Die Genehmigung der Vermietung der Plätze Nr. 11—13 an der Barnitzstraße auf 6 1/2 Jahre gegen 440 Mark Jahresmiete und Uebernahme der Verpflichtung zur festen Einzäunung der Plätze erteilt wird.

Für Anlage bzw. jährliche Unterhaltungskosten für 6 neue Petroleum Laternen in der Saanestraße werden 342 Mark resp. 245 Mark bewilligt. Bei dieser Gelegenheit montirt Herr Petermann den schlechten Brand der Petroleum-Laternen, dieselben verloschten jetzt gewöhnlich schon gegen 11 Uhr und hätten nicht die geringste Leuchtkraft. Der Grund sei eine darin zu liegen, daß der Magistrat die Unterhaltung der Petroleumlampen an einen anderen Unternehmer zu billigeren Preisen vergeben habe.

Bis zum Ende des Jahres 1884 wurde für die hiesige katholische Schule ein Staatszuschuß von 240 Mark pro Jahr bewilligt; nachdem der Magistrat um Weiterbewilligung dieses Zuschusses ersucht, ist derselbe durch Reskript des Herrn Ministers abgelehnt worden und besonders darauf hingewiesen, daß eine Weiterbewilligung nicht notwendig erscheine, da die katholische Kirchengemeinde weder Kirchensteuer, noch Schulbeiträge erhebe. — Herr Bod, welcher über diese Mittheilung referirt, giebt einen längeren Rückblick über die Entstehung dieser Zuschüsse und da er das Reskript des Herrn Ministers nicht für genügend motivirt hält, die vorliegenden Akten auch nichts Näheres ergeben, beantragt der Herr Referent, die Sache nach Kenntnisaufnahme an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben: 1) aus der Entstehungsart der Zuschüsse nachzuforschen, ob der Stadtkommune als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen hiesigen katholischen Schulgemeinde ein klagbares Recht auf die Zuschüsse zusteht; 2) vernetwendenden Falls zu erwägen, ob die vom Herrn Minister angeführten Gründe der Veragung eines Theils der Zuschüsse zutreffend sind und die Verfassung rechtfertigen, und geeigneten Falls gegen die Verfassung bei dem Herrn Minister vorstellig zu werden.

Nach einer kurzen Debatte wurde dieser Antrag angenommen.

Wiederholt sind schon bei der königlichen Polizei-Behörde Beschwerden über die sanitären Uebelstände, welche auf dem Hofe des Waisenhauses, Bollwerk 12—13, herrschen, eingegangen und hat die königliche Polizei-Direktion den Magistrat neuerdings wiederum aufgefordert, den Uebelständen abzuheben. Der Magistrat schlägt nun vor, den Hof und das Privatgebäude in dem genannten Hofe umzubauen. Die Versammlung erklärt sich gleichfalls damit einverstanden, falls die nach dem Hofe mündenden Nachbar Grundstücke eigene Schlammfänge anlegen müssen. Die Kosten in Höhe von 1550 Mark werden bewilligt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren ohne besonderes Interesse und wurden der Vorlage gemäß erledigt.

— Es giebt leider noch sehr viele Ehemänner, welche bei den geringsten Streitigkeiten mit ihren Frauen von dem Rechte des Stärkeren Gebrauch machen und oft in rohester Weise auf die Frauen einschlagen. Solche Männer sind meist der Ansicht, daß sie als „Verrän der Schöpfung“ berechtigt sind, die ihnen angetrauten Frauen bei irgend einem thätlichen oder vermeintlichen Versehen oder Vergehen züchtigen zu können, sie befinden sich damit jedoch in hartem Irrthum. Nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Strafsenat, vom 18. September d. J., kennt das preussische Recht ein Züchtigungsrecht des Ehemannes gegen seine Ehegattin nicht; Körper-Verletzungen unter Ehegatten sind daher nach den allgemeinen Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches auch während der Ehe zu bestrafen.

Zur Feier des Totenfestes werden morgen, Sonntag, sowohl in der Jakobi- wie in der Johannis-Kirche geistliche Konzerte stattfinden. In der Jakobi-Kirche haben Herr Paul Wild, der Regal-Virtuos Herr Taggag, sowie Mitglieder des Stettiner Musikvereins ihre Mitwirkung zugesagt. Der Ertrag des Konzertes ist zum Besten der hiesigen Handels- und Gewerbeschule für Frauen und Töchter bestimmt. — In der Johannis-Kirche werden neben dem Kirchenchor, unter Leitung des Herrn Robert Lehmann, die Konzertsängerin Fräulein Wobbermin, Herr Ruff (Orgel), sowie Schüler und Schülerinnen der Frau Schröder-Chaloupka mitwirken. Der Ertrag dieses Konzertes ist zu Chorzwecken bestimmt.

— Seitens der Bezirksregierungen ist jetzt angeordnet worden, daß die Polizeibehörden bei sämtlichen Petroleumhändlern zweimal im Jahre, bei sämtlichen Detailveräußern von Petroleum alle zwei Jahre und, falls es angezeigt ist, noch öfter Proben des feilgehaltenen Petroleums entnehmen und deren Untersuchung mittelst des Abel'schen Petroleum-Probers veranlassen, sofern diese Händler resp. Detailisten nicht glaubhaft nachweisen, daß sie in dem betreffenden Zeitraum eine solche Untersuchung selbst veranlaßt haben, welche in ihrem eigenen Interesse liegt, um der etwaigen Bestrafung auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 24. Februar 1882 wegen Verkaufts von feuergefährlichem Petroleum nach § 8 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 zu entgehen.

— Der Rechtsanwalt Schade in Anklam ist zum Notar für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Anklam, ernannt worden.

— Am morgigen Sonntag ist ein Jahr seit dem Brande des Thalia-Theaters in der Birkenallee vergangen und noch immer vorzuziert die Brandruine jene Gegend, ein aus den verschleuderten, theilweise angebrannten Brettern hergestellter Zaun erhöht noch den unschönen Anblick, welchen das große Grundstück jetzt bietet. Bekanntlich ist von dem städtischen Behörden die Verlängerung der Löwestraße beschlossen und deshalb erhielt Herr Direktor Reeh keine Erlaubnis, das abgebrannte Theater an jener Stelle wieder aufzuführen und mußte, da er in Stettin keinen Platz fand, bekanntlich ein neues Theatergebäude auf Grabower Terrain bauen. In Folge der Durchführung der Löwestraße über das Grundstück ist dasselbe in zwei Hälften getheilt und hat dadurch wesentlich an Werth verloren und hoffte Herr Reeh, daß die Stadt die Verpflichtung hätte, das durch die Straßendurchlegung für ihn werthlose Grundstück anzukaufen; diese Hoffnung hat sich jedoch bisher nicht erfüllt und soll, wie wir hören, nun das Grundstück als Lagerplatz an ein Holz- und Kohlengeschäft vermiethet werden. Man wird also in Grünhof, dem schönsten Stadttheil, demnächst denselben Anblick genossen können, als auf dem Platz zwischen Rathhaus und Post.

#### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Rigoletto.“ Große Oper in 4 Akten.

Sonntag: Bellevue-Theater: „Dorf und Stadt.“

Abelina Patti und Nicolini werden sich erst nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist, welche nach erfolgter Scheidung der verheirateten Personen in Frankreich vorgeschrieben ist, vermählen. Die Trauung wird im Monat Juni des nächsten Jahres in England zu Craigmos, der Bestung der Patti, stattfinden.

#### Vermischte Nachrichten.

Göteborg, 15. November. Gestern gerietten hier zufällig mehrere Telephondrähte mit Leitungsdrahten für elektrische Beleuchtung in Berührung. Nach kurzer Zeit schwollen auf dem Haupttelephonamte die Leitungsdrahte, das Holzwerk in der Nähe begann zu brennen, die Elektromagneten wurden glühend und das ganze Zimmer war in dichten Rauch gehüllt, bis endlich die elektrische Beleuchtung abgestellt wurde. Mehrere Personen, welche gerade zu dieser Zeit die Fernsprecheinrichtung benutzten, prallten, von heftigen Schlägen getroffen, entsetzt zurück.

— In einem böhmischen Kurorte stellt der Badekommissar vor: „Erlauben die Damen, daß ich Sie mit einander bekannt mache: Frau E. aus Wien, Oberleutnantstogattin — Frau J. aus Brünn, Fabrikbesitzerstogattin — Frau J. aus Eger, Rentnerstogattin — Frau v. L. aus Berlin“ ... (Red.). Frau v. L. (infallend): „Auberklub-Ehrenmitgliedstogattin!“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

#### Telegraphische Depeschen.

Lissit, 20. November. Die Schiffbrücke ist wegen drohenden Eisganges abgefahren.

Wien, 21. November. Die Generaldirektion der österreichischen Staatsbahnen hat, wie die „Presse“ meldet, das Reglement der Vorankarten des Vereines deutscher Eisenbahnen gekündigt.

Wien, 20. November. Die Nachricht der „Times“ über ein Separatabkommen zwischen der Türkei und Serbien bezüglich des künftigen Friedensschlusses wird von hiesigen gut unterrichteten Kreisen entschieden in Abrede gestellt; solche Nachrichten vielmehr an, daß es sich etwaigen serbischen Ansprüchen gegenüber bei einem Friedensschlusse um die Zustimmung der Signatarmächte des Berliner Vertrages handeln muß.

Triest, 19. November. Der Lloyd-Dampfer „Austria“ ist heute Abend aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Sofia, 19. November. Der Kampf um Silvitza wurde gestern Morgen um 7 Uhr wieder aufgenommen. Der rechte Flügel der Bulgaren griff die Feinde, welche sich auf drei Anhöhen festgesetzt hatten, an und vertrieb sie von da nach einem mörderischen Kampfe. Zugleich eröffnete das Zentrum der Bulgaren, welches die Verschanzungen bei Silvitza besetzt hielt, ein heftiges Feuer gegen die Serben, welche in der Ebene standen. Als bald gingen zwei Bataillone und zwei Batterien von Silvitza vor und vereinigten ihren Angriff mit dem des rechten Flügels. Die Serben leisteten anfangs muthig Widerstand, mußten aber gegen Mittag zurückgehen und wandten sich gegen den linken Flügel der Bulgaren, wobei es ihnen durch die inzwischen eingetroffenen Verstärkungen gelang, den Angriff derselben zum Stehen zu bringen. Die Verluste auf beiden Seiten sind beträchtlich. Die Bulgaren machten 300 Gefangene.

Sofia, 19. November. Die Serben griffen heute Vormittag den rechten Flügel der Bulgaren an, wurden aber zurückgeworfen und machten sodann wiederholt vergeblich Angriffe auf das Zentrum und den linken Flügel. Der Einbruch der Dunkelheit machte dem Kampf ein Ende.

Sofia, 20. November. Von den Deutschen in Sofia werden hier Lazarethe errichtet und werden für dieselben Mittel erfordert, zu deren Aufbringung man sich durch Aufrufe an die deutsche Botschaftlichkeit wenden will.